

Die Europäische Union und die NATO

Hans-Georg Ehrhart

Die Europäische Union und die NATO durchleben angesichts der Krise der liberalen Weltordnung schwere Zeiten, zugleich verstärken sie ihre Zusammenarbeit. Die Europäische Union ringt mit dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs („Brexit“), dem weiteren Erstarken populistischer Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019, anhaltender Terrorismusgefahr und dem Ukraine Konflikt. Die transatlantischen Beziehungen durchleben seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump eine veritable Vertrauenskrise, die wiederum zum Ruf nach mehr Europa führt.

Große Ambitionen und kleine Schritte auf der interinstitutionellen Ebene

Seit Jahren streben beide Organisationen angesichts gemeinsamer Werte und Interessen eine strategische Partnerschaft an. Den politischen Rahmen bilden die Gemeinsame Erklärung von NATO und Europäischer Union zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vom 16. Dezember 2002 und das „Berlin-Plus-Abkommen“ vom 17. März 2003. Die Umsetzung dieses Anspruchs bleibt jedoch schwierig. Sowohl das strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 2010 als auch spätere Erklärungen der EU-Staats- und Regierungschefs betonen zwar die Komplementarität der GSVP mit der NATO unter Achtung der jeweiligen Entscheidungsautonomie und Verfahren weiterzuentwickeln.¹ Die Umsetzung dieses Vorhabens, die Verbesserung der erforderlichen Mittel und die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Investitionsniveaus bleiben allerdings eine Herausforderung, auch wenn der Trend sinkender europäischer Rüstungsausgaben mittlerweile umgekehrt worden ist. So stiegen die aggregierten Verteidigungshaushalte im Jahr 2018 um 3,3 und im Jahr 2019 um 4,6 Prozent.²

Auf der politisch-strategischen Ebene war das Außenministertreffen zum 70. Jahrestag des Bestehens der NATO am 4. April 2019 in Washington sowohl Ausdruck des Willens, das Bündnis als Erfolgsgeschichte zu präsentieren, als auch Spiegelbild der politischen Probleme. Einerseits einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine vier Punkte umfassende Erklärung, die unter anderem das transatlantische Band bekräftigt, das Zwei-Prozent-Ziel erneuert und Artikel 5 des NATO-Vertrags bestätigt. Zudem erwähnten sie die Partnerschaft mit der Europäischen Union.³ Andererseits kam kein Gipfeltreffen zum Geburtstagstermin zustande – es ist jetzt für Anfang Dezember 2019 vorgesehen – und der US-amerikanische Außenminister Mike Pompeo erneuerte die Position, die anderen Bündnis-

1 Europäischer Rat: Schlussfolgerungen, Brüssel, 20.12.2013, EUCO 217/13, S. 2.

2 Vgl. Rat der Europäischen Union: EU-NATO cooperation: Council welcomes progress in the implementation of the common 74 actions, Pressemitteilung 327/18, 8.6.2018; Rat der Europäischen Union: Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich: Rat bewertet Fortschritte im Rahmen der SSZ nach dem ersten Jahr der Anwendung, Pressemitteilung 356/19, 14.5.2019.

3 NATO: Statement on the occasion of NATO's 70th Anniversary, Washington 3./4.4.2019, abrufbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_165243.htm (letzter Zugriff: 10.7.2019).

partner müssten mehr in die Verteidigung investieren.⁴ Bereits letztes Jahr hatten sich der Präsident des Europäischen Rats, der Präsident der Europäischen Kommission und der Generalsekretär der NATO geräuschlos auf eine neue Gemeinsame Erklärung geeinigt, in der das bereits auf dem Gipfeltreffen von Warschau 2016 formulierte Ziel, „die Kooperation von EU und NATO zu stärken“, bekräftigt wurde.⁵ Die Erklärung beschwört eine faire Lastenteilung der NATO-Alliierten gemäß der Beschlusslage von Warschau über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und begrüßt die politische Einigung der EU-Mitgliedstaaten, „Sicherheit und Verteidigung in den anstehenden Diskussionen über den mehrjährigen Finanzrahmen höhere Priorität einzuräumen“⁶.

Zugleich intensivierte sich die Zusammenarbeit von Europäischer Union und NATO auf Arbeitsebene. Die Gemeinsame Erklärung beider Organisationen, verabschiedet auf dem NATO-Gipfel in Warschau am 8. Juli 2016, sollte der Strategischen Partnerschaft neue Dynamik verleihen.⁷ Dazu sollte die Umsetzung von anfangs 42 Projektvorschlägen beitragen. Bis zum dritten Zwischenbericht über die Umsetzung stieg deren Anzahl auf 74 Projekte. Ein vierter Zwischenbericht beschreibt das auf den verschiedenen Arbeitsebenen bislang Erreichte und geht auf die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen NATO und Europäischer Union ein. Er enthält keine neuen Projekte, konstatiert aber, dass die Zusammenarbeit „zwischen EU und NATO eine etablierte Norm und tägliche Praxis“ ist.⁸

Die Projekte werden in sieben ausgewählten Bereichen durchgeführt, davon fallen 20 in das Feld hybride Bedrohungen. Im Bereich operative Zusammenarbeit geht es um Verbesserungen des Informationsaustausches und der logistischen Unterstützung sowie die Revision des Konzepts maritimer Sicherheitsoperationen. Bei Cybersicherheit und -verteidigung steht der Austausch auf Stabsebene über Konzepte und Doktrinen, Training und Ausbildung, Bedrohungsindikatoren und Alarmverfahren auf der Agenda. Die Entwicklung der Verteidigungskapazitäten soll besser koordiniert werden, etwa durch Treffen von Allianzmitgliedern mit EU-Stäben oder durch vierteljährliche Expertentreffen von Europäischer Union und NATO. Im Bereich Verteidigungsindustrie und -forschung wurde ein regelmäßiger Dialog installiert, der sich etwa mit Praktiken von Unternehmen im Cyberbereich befasst. Neue parallele und koordinierte Übungen und Manöver wurden ebenso vereinbart wie die Teilnahme an Planungstreffen und Workshops. Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit ist der Aufbau von Kapazitäten. So koordinieren NATO und Europäische Union beispielsweise ihre Briefings von Partnern und vereinbaren, den politischen Dialog zu intensivieren, etwa durch mehr beiderseitige Briefings zu Themen von gemeinsamem Interesse. Vertreter von NATO und Europäischer Union wurden zu den Sitzungen der NATO-Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren und des Aufsichtsrates der Europäischen Rüstungsagentur eingeladen. Zudem wurde ein Dialog auf Stabsebene zum Thema Terrorismusbekämpfung eingerichtet, in dem unter anderem die Zusammenarbeit im

4 Vgl. Hans-Georg Ehrhart: Es könnte eng werden. 70 Jahre nach Gründung „des Westatlantikpaktes“ wirkt der Westen wie ein Auslaufmodell, in: *Der Freitag*, 4.4.2019.

5 Joint Declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Pressemitteilung 419/16, 8.7.2016; Joint Declaration on EU-NATO Cooperation by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Press Release 447/18, 10. Juli 2018 (letzter Zugriff: 20.6.2019).

6 Joint Declaration on EU-NATO Cooperation, 10.7.2018.

7 Joint Declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Pressemitteilung 419/16, 8.7.2016.

8 European Union External Action Service: EU-NATO cooperation – Factsheet, 11.6.2019.

Rahmen der Globalen Koalition gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) und der Kapazitätsaufbau von Partnern besprochen werden.⁹

Operationen

Die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der NATO im Bereich des Krisenmanagements erfolgt auch auf operativer Ebene. Das Berlin-Plus-Abkommen bietet die Möglichkeit der Nutzung von NATO-Stäben und -Einrichtungen für die Operationsführung.¹⁰ Die European Union Force (EUFOR) Althea in Bosnien-Herzegowina ist die einzige GSVP-Operation, die in diesem Kontext durchgeführt wird. Ihre drei Aufgaben sind: Wahrung eines sicheren Umfelds, Ausbildung der Streitkräfte und Unterstützung der Umsetzung des Abkommens von Dayton. Die Truppenstärke wurde von ursprünglich 7.000 auf 600 Streitkräfte reduziert.¹¹ Die NATO ist in Sarajevo mit einem Hauptquartier präsent und kümmert sich hauptsächlich um die Reform des Verteidigungssektors. EUFOR und NATO arbeiten bei der Ausbildung bosnischer Streitkräfte zusammen.¹²

Im Kosovo operiert seit 20 Jahren die NATO-Streitkraft Kosovo-Force (KFOR) mit dem Auftrag, ein sicheres Umfeld zu gewährleisten, den Aufbau kosovarischer Sicherheitskräfte und die internationale zivile Präsenz zu unterstützen. Parallel engagiert sich die Europäische Union mit der zivilen EULEX-Mission, die mit 500 Spezialisten zum Aufbau von Rechtsstaatlichkeit im Kosovo durch Beratung, Überwachung und Unterstützung beitragen soll. Die Stärke von KFOR ist von ursprünglich 50.000 Soldaten auf 3.500 abgesenkt worden. Diese Abschreckungspräsenz soll auf eine Minimalpräsenz reduziert werden, die sich auf Aufklärung und Beratung konzentrieren wird. KFOR ist seit einigen Jahren zum sogenannten „third responder“ in Sicherheitsfragen geworden. Zunächst soll die Polizei des Kosovo als „first responder“ eingreifen, dann die EULEX-Polizeikräfte („second responder“).¹³

Auch in der Ukraine operieren europäische Einsatzkräfte und NATO in parallelen Missionen. Die Union ist mit der zivilen EU Advisory Mission (EUAM) vor Ort, die NATO mit verschiedenen Programmen aktiv. Während sich die EUAM mit 291 nationalen und internationalen MitarbeiterInnen für die Reform des zivilen Sicherheitssektors einsetzt,¹⁴ fokussiert sich die NATO auf die Reform des militärischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors. Dabei geht es um Kapazitätsaufbau und zivile Kontrolle des Militärs. Darüber hinaus engagiert sich die NATO in Bereichen wie der technischen Zusammenarbeit, Kooperation zwischen den Militärs oder der Zerstörung alter Waffenbestände.

9 Vgl. Third progress report on the implementation of the common set of proposals endorsed by NATO and EU Councils on 6 December 2016 and 5 December 2017, 31.5.2018.

10 Die beiden anderen Optionen sind die Nutzung nationaler Hauptquartiere oder die Aktivierung des EU-Ad-hoc-Hauptquartiers.

11 European Union External Action Service: About EUFOR, abrufbar unter: <http://www.euforbih.org/eufor/index.php/about-eufor/background> (letzter Zugriff: 12.7.2018).

12 European Union Force in BiH Operation Althea: About EUFOR, 26.6.2019, abrufbar unter: <http://www.euforbih.org/eufor/index.php/about-eufor/background> (letzter Zugriff: 10.7.2019); NATO Allied Joint Forces Command Naples: EUFOR and NATO cooperation, abrufbar unter: <https://jfcnaples.nato.int/hqsarajevo/page98353444/eufor-and-nato-cooperation> (letzter Zugriff: 10.7.2019).

13 Andreas Wittkowsky: Kosovo Force (KFOR): Robuste Rückversicherung weiter wichtig, ZIF kompakt, 17.6.2019, abrufbar unter: https://www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/ver%C3%B6ffentlichungen_2019/ZIF_kompakt_2019/ZIF-kompakt_KFOR_Juni_2019.pdf (letzter Zugriff: 18.6.2019).

14 EUAM Ukraine: European Union Advisory Mission Ukraine., abrufbar unter: http://www.euam-ukraine.eu/wp-content/uploads/EUAM%20Factsheet_Eng_21_05_19.pdf (letzter Zugriff: 18.6.2019).

Die maritime Zusammenarbeit ist ein weiterer Bereich des operativen Agierens von Europäischer Union und NATO. Lag ein Schwerpunkt bis 2016 auf der Pirateriebekämpfung im Indischen Ozean, rückten seit 2015 die Bekämpfung von Schleusern und Terrorismus im Mittelmeer in den Vordergrund. So arbeitete die NATO-Operation Sea Guardian mit der EU-geführten Operation Sophia im westlichen Mittelmeer zusammen. Der Aufgabenschwerpunkt der NATO-Operation liegt bei Aufklärung, Terrorismusbekämpfung und Kapazitätsaufbau, während sich die EU-Operation auf das Abwehren von Schleusern, die Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen und den Aufbau von Kapazitäten der libyschen Küstenwache konzentriert. Nachdem die italienische Regierung das Engagement der Operation Sophia in der Seenotrettung de facto unterband, wurden die Aktivitäten auf See ausgesetzt. Der Einsatz wird zurzeit nur durch Luftüberwachung fortgesetzt.¹⁵

Auch im Irak führen beide Organisationen parallele Missionen im Sicherheitsbereich durch. Die Europäische Union unterstützt die Reform der irakischen Justiz und lokalen Polizei mit Trainingsmaßnahmen und startete im Herbst 2017 eine zivile GSVP-Mission, die die irakischen Behörden bei der Umsetzung der Reform des zivilen Sicherheitssektors unterstützen soll. Diese Mission verlängerte der Rat 2018 bis zum 17. April 2020.¹⁶ Die NATO, die ihre erste Trainingsmission im Irak im Jahr 2011 beendet hatte, engagiert sich seit 2016 für die Reform des militärischen Sicherheitssektors. Seitdem operieren mobile Teams im Lande. Im Oktober 2018 startete das Bündnis auf Bitten der irakischen Regierung und der globalen Anti-IS-Koalition eine Ausbildungsmission.¹⁷ Während die NATO die Anti-IS-Koalition militärisch durch das fliegende Radarsystem „Airborne Warning and Control System“ (AWACS-Flugzeuge) unterstützt, trägt die Europäische Union als ziviler Partner mit nicht-militärischen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung bei.¹⁸

Probleme und Perspektiven

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden transatlantischen Beziehungen und der Gefahr für die regelbasierte Ordnung sowie die Allianz mehren sich Stimmen, die fordern, die Europäer sollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Das Verhältnis von NATO und Europäischer Union bleibt dabei ungeklärt. Unübersehbar sind die Bemühungen der EU-Mitglieder um Fortschritte in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit. Dazu gehören die Formulierung der Globalen Strategie im Jahr 2016, die Verabschiedung eines Fahrplans für die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten, die Forderung des Europäischen Parlaments, eine Europäische Verteidigungsunion aufzubauen, die Verabschiedung eines Europäischen Verteidigungs-Aktionsplans durch die Europäische Kommission, der Beschluss zur Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds, die Verabschiedung eines Reflexionspapiers über die Zukunft der Europäischen Verteidigung durch die Europäische Kommission, der Beschluss zur Einrichtung eines ständigen militärischen Hauptquartiers für nicht-exekutive Militäroperationen, der Beginn der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) mit bislang 34 sich partiell an

15 Thomas Wiegold: Operation Sophia: Marineinsatz jetzt ohne Schiffe, 17.3.2019, abrufbar unter: <https://augengeradeaus.net/2019/03/operation-sophia-marineinsatz-jetzt-ohne-schiffe/> (letzter Zugriff: 18.6.2019).

16 Rat der Europäischen Union: Irak: Beratende Mission der EU verlängert und Haushalt vereinbart, Pressemitteilung 564/18, 15.10.2018.

17 NATO: NATO Mission Iraq, Februar 2019, abrufbar unter: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2019_02/20190213_190213-factsheet-NMI-en.pdf (letzter Zugriff: 18.6.2019).

18 Globalcoalition: The EU – Countering DAESH, 3.3.2017, abrufbar unter: <http://theglobalcoalition.org/en/the-eu-countering-daesh/> (letzter Zugriff: 12.7.2018).

NATO-Prioritäten orientierenden Projekten, ein nationaler Implementierungsplan, die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigungsfähigkeiten (CARD) sowie das Vorhaben einer strategischen Überprüfung in den Jahren 2021 und 2025.¹⁹

Der Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg mahnt wiederum größere Rüstungsanstrengungen seitens der Europäer an. Das Bündnis hat durch den von Russland geschürten Krieg in der Ukraine eine neue Sinnggebung erhalten und richtet entsprechend zwei neue Hauptquartiere ein: Eines in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), um kanadische und amerikanische Truppen einfacher nach Europa zu transportieren, und eines in Deutschland (Ulm), um die entsprechende Logistik zu gewährleisten. Die Bereitschaft der Truppen und ihre Beweglichkeit, also insgesamt die Reaktionsfähigkeit für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffs von Russland, sollen verbessert werden. Nach der Verdreifachung der Eingreiftruppe NATO-Response Force (NRF) soll auch die Reform der Kommandostruktur zu einer glaubwürdigeren Abschreckung beitragen.²⁰ Russland ist zwar zu raumgreifenden Operationen nicht in der Lage, aber, so die Befürchtung, zu hybrider Kriegführung.²¹

Ein Grund für die transatlantischen Verstimmungen sind die laut Trump unzureichenden europäischen Verteidigungsausgaben. Diese stiegen zwar in den letzten Jahren wieder an, aber nach Meinung Trumps nicht stark genug. Bislang erreichen sechs europäische Staaten das bis 2024 zu erfüllende Zweiprozentziel (Estland, Griechenland, Großbritannien, Lettland, Litauen, Polen).²² Über den Sinn symbolischer Ziele wie dem Zwei-Prozent-Kriterium ist viel gestritten worden. Eigentlich sollte es um konkrete Fähigkeiten als um nominelle Budgetprozentpunkte gehen und um den konkreten Zweck dieser Fähigkeiten, also ob es künftig um Landes- und Bündnisverteidigung (was unter anderem Berlin bevorzugt) oder um den Aufbau von Interventionskräften (was Paris und London bevorzugen und bereits umsetzen) oder um beides gehen soll (was keinen Finanzminister erfreuen dürfte).

Das Jubiläumstreffen der Außenminister im Juni 2019 belegte einmal mehr, dass die USA den Druck auf die Verbündeten aufrechterhalten. Die jüngste Gemeinsame Erklärung von Europäischer Union und NATO bekräftigt zwar das Ziel engerer Zusammenarbeit und verstärkter Rüstungsanstrengungen, aber manches Vorhaben, etwa die von Deutschland bis 2024 zugesagten 1,5 Prozent, sind aus finanz- und innenpolitischen Gründen wieder fraglich. Auf der Mikroebene der institutionellen Beziehungen und auf operativer Ebene sind zweifellos Fortschritte zu verzeichnen, auf der politisch-strategischen Ebene kriselt es aber umso heftiger. So hat Donald Trump das Vertrauen in die amerikanische Schutzgarantie, also in die Existenzgrundlage der Allianz, erschüttert. Manche nehmen sogar an, dass er auf den Zerfall der Europäischen Union abziele, weil er lieber bilateral vorgeht, um dadurch besser amerikanische Interessen durchsetzen zu können.²³

Vor diesem Hintergrund stellen sich grundsätzliche Fragen. Wofür sind beide Organisationen eigentlich da? Ist eine klare Arbeitsteilung sinnvoll oder eine Neujustierung der Verantwortlichkeiten? Was bedeutet es konkret, die strategische Autonomie der Europäi-

19 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

20 Spiegel Online: Nato dementiert Meldung über neue Eingreiftruppe, 2.6.2018.

21 Vgl. dazu Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Krieg im 21. Jahrhundert. Konzepte, Akteure, Herausforderungen, Baden-Baden 2017.

22 NATO: Defence Expenditures of NATO Countries (2011-2018), 14.3.2019, abrufbar unter: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2019_03/190314-pr2018-34-eng.pdf (letzter Zugriff: 20.6.2019).

23 Roger Cohen: The Finlandization of the United States, in: New York Times, 11.7.2018.

schen Union zu stärken? Wie kann diese Autonomie mit einer eventuell verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO umgesetzt werden? Braucht es keine NATO mehr, wenn die Europäische Union das Ziel strategischer Autonomie einmal erreicht hat oder, falls letztere dieses Ziel nicht erreicht, wozu benötigen die Europäer eine GSVP?

Natürlich bietet sich das Argument an, dass eine strategische Autonomie der Europäischen Union angesichts der kooperations- und integrationspolitischen Probleme bestenfalls ein langfristiges Ziel ist. Die Integrationsbereitschaft der Staaten ist unterschiedlich, ihre Bereitschaft zur Solidarität gering, wie bereits die Flüchtlingsfrage zeigt. Verteidigungspolitik ist zumindest für größere Staaten noch immer Kernstück nationaler Souveränität. Es gibt weder Konsens über die konkreten strategischen Interessen noch über die Frage, mit welchen Mitteln sie verfolgt werden sollen. Offenbar differieren die strategischen Kulturen noch zu stark. Es existieren unterschiedliche Bedrohungs- und Bedarfsanalysen. In den Bevölkerungen gibt es keinen großen Enthusiasmus für eine starke Erhöhung der Verteidigungsmaßnahmen, die auf Kosten anderer staatlicher Leistungen gehen würden. Trotz all dieser Schwierigkeiten hat es in jüngster Vergangenheit eine gewisse sicherheits- und verteidigungspolitische Dynamik in Europäischer Union und NATO gegeben. Doch wo führt diese hin?

Theoretisch bieten sich fünf Szenarien an: Das erste führt zu einer anarchischen Welt ohne die beiden Organisationen. Es dominieren nackter Nationalegoismus und das Recht des Stärkeren, mit entsprechend negativen Aussichten für die Wahrung des internationalen Friedens. Im zweiten Szenario übernimmt die NATO alle verteidigungspolitischen Funktionen, die Europäische Union verzichtet auf die GSVP und bleibt verteidigungspolitisch von den USA abhängig. Im dritten wird die GSVP weiterverfolgt, ohne eine strategische Autonomie zu erreichen. Es ähnelt dem Status quo mit geringen Veränderungen. Im vierten Szenario erreicht sie das Ziel und wird von den USA unabhängig. Die NATO fungiert noch als transatlantischer Rahmen, möglicherweise hört sie auf zu existieren. Im letzten Szenario ersetzt eine gesamteuropäische kollektive Sicherheitsordnung NATO und GSVP beziehungsweise eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion, wobei sich die Frage stellt, ob mit oder ohne den Vereinigten Staaten von Amerika. Während Szenario 1 und 5 am unwahrscheinlichsten sind, erscheint das dritte gegenwärtig am wahrscheinlichsten. Welchen Weg beide Organisationen nehmen, werden die Antworten auf die oben aufgeworfenen Fragen weisen.

Weiterführende Literatur

- Jolyon Howorth: EU-NATO cooperation: the key to Europe's security future, in: *European Security*, 3/2017, S. 454–459.
- Joachim A. Koops: Theorising inter-organisational relations: the „EU-NATO relationship“ as a catalytic case study, in: *European Security*, 3/2017, S. 315–339.
- Barbara Lippert/Nicolai von Ondarza/Volker Perthes (Hrsg.): *Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*, SWP-Studie 2, Februar 2019.
- Sven Biscop: *European Strategy in the 21st Century. New Future for Old Power*, London 2019.